

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band 46

Zwischen Kartellen und Konkurrenz

Der Schuman-Plan und die Ursprünge
der europäischen Einigung 1944 - 1952

Von

Matthias Kipping



Duncker & Humblot · Berlin

MATTHIAS KIPPING

Zwischen Kartellen und Konkurrenz

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

**In Verbindung mit Rainer Fremdling,
Carl-Ludwig Holtfrerich, Hartmut Kaelble und Herbert Matis
herausgegeben von Wolfram Fischer**

Band 46

Zwischen Kartellen und Konkurrenz

Der Schuman-Plan und die Ursprünge
der europäischen Einigung 1944 - 1952

Von

Matthias Kipping



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kipping Matthias:

Zwischen Kartellen und Konkurrenz : der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944 - 1952 / von Matthias Kipping. – Berlin : Duncker und Humblot, 1996

(Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte ; Bd. 46)

Zugl.: München, Univ., Diss., 1993

ISBN 3-428-08329-6

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten
© 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin
Printed in Germany
ISSN 0582-0588
ISBN 3-428-08329-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ∞

Vorwort

Das vorliegende Buch ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meiner Dissertation, die 1993 unter dem Titel "Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944-1952" von den Philosophischen Fakultäten der Universität München als Promotionsleistung angenommen wurde.

Ich möchte allen danken, die mir bei der Abfassung der Arbeit geholfen haben, angefangen bei den zahlreichen Archivaren und Bibliothekaren, die ich über mehrere Jahre in verschiedenen Ländern heimsuchte. Professor Hans Günter Hockerts war bereit, die Dissertation auch über die Entfernung zwischen München und Paris zu betreuen. Professor Volker Berghahn inspirierte und bereicherte mit seinen Arbeiten über die deutsche Unternehmerschaft meine eigenen Forschungen. Den Professoren Wolfram Fischer und Carl-Ludwig Holtfrerich sei für die Aufnahme in ihre Reihe gedankt.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich Professor Patrick Fridenson von der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris. Er war in den verschiedenen Phasen der Abfassung immer wieder ein kritischer Leser und hat mit seinen Hinweisen und Vorschlägen entscheidend zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Nicht vergessen möchte ich auch meinen Vater, der sich der undankbaren Aufgabe des Korrekturlesens angenommen hat, den chinesischen Imbiß "Voltaire Star" in der Rue Popincourt in Paris sowie meine Lebensgefährtin Mona, deren Geduld ich durch meine Arbeitseifer auf manch harte Probe gestellt habe.

Reading, im August 1995

Matthias Kipping

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
1. Die erste der Europäischen Gemeinschaften	15
2. Forschungsstand zum Schuman-Plan	16
3. Fragestellung und Vorgehensweise	22
Zwischen Kartellen und Konkurrenz	22
Entscheidungsprozeß und beteiligte Gruppen	25
Benutzte Quellen und Vorarbeiten	27
4. Aufbau und weiterreichende Aspekte der Arbeit	31

Teil I

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Frankreichs im europäischen Kontext	36
1. Die Ausgangslage	36
2. Der Monnet-Plan von 1946: Unvollendete Modernisierung	38
Stahl: Unzureichende Konzentration	40
Streit um die Breitbandstraße	43
Kohleversorgung: Einheit von Industrie- und Außenpolitik	47
3. Der Marshallplan von 1947: Zunahme des Wettbewerbs	52
Die Schlüsselrolle Deutschlands in Europa	54
Öffnung der Märkte und Ausweitung des Handels	59
4. Der Mayer-Plan von 1948: Liberalisierung mit Hindernissen	63
Vorbereitung auf die internationale Konkurrenz	63
Ablösung des staatlichen durch einen Verbandsdirigismus	65

Teil II

Der Weg zum Schuman-Plan: Krise und Lösungsversuche	68
1. Wettbewerbsfähigkeit: Erste Divergenzen	68
Produktivitätssteigerung und Kartellverbot	68
Absprachen zwischen Industriellen	75
Scheitern der französisch-italienischen Zollunion	80
2. Das Krisenjahr 1949: Stahl als Kern des Problems	86
Zunehmender Konkurrenzdruck auf die Stahlverbraucher	86
Erneuter Streit um die Breitbandstraße	91
Nachteile durch die hohen französischen Stahlpreise	94
Kritik an den Praktiken der Stahlindustrie	98
Forderung nach einer Öffnung der Stahlmärkte	101
Die Schwierigkeiten der französischen Stahlindustrie	105
Weitere Probleme durch Exportanstrengungen	109
Krise der französischen Ruhrpolitik	113
3. Lösungsvorschläge: Zahlreiche Alternativen	118
Die OEEC: Koordination der Investitionen	119
Der Petsche-Plan: Eine regionale Wirtschaftsunion	123
Abschaffung der Preisdiskriminierungen	130
Wiederauflage des Internationalen Stahlkartells	135
Die Schwerindustrie als Basis der europäischen Einigung	142
André Philip: Stahlbehörde und Kartellkontrolle	149
Jean Monnet: Ein Ausweg aus der Sackgasse	156

Teil III

Die Verhandlungen: Interessengegensätze und Koalitionsbildung	165
1. Unmittelbare Reaktionen: Geteilte Meinungen	165
Die politische Bedeutung des französischen Vorschlags	165
Stahlkartell unter staatlicher Kontrolle	167
Koordination durch Investitionslenkung	170
Eindeutige Stellungnahme Monnets gegen Kartelle	174
Warnungen vor einem möglichen Dirigismus	178
Ungeteilte Zustimmung der Metallverarbeiter	182
Offenere Kritik an der Stahlindustrie	187
2. Aufbau eines verstärkten Konfliktpotentials	190
Stahlboom und Kohlemangel	190
Zunehmende Beschwerden der verarbeitenden Industrien	193
Streit über ein innerfranzösisches Stahlkartell	197
Unterschiedliche Haltungen der Hersteller zur Montanunion	203

3. Ausgestaltung der Vertragsbestimmungen	207
Ein Abkommen im Interesse der Verbraucher	207
Unerwartete Veränderungen zugunsten der Kartelle	212
Rückkehr zur kartellfeindlichen Position	214
Ausgestaltung des Kartellverbots	222
4. Widerstände gegen den Vertragsentwurf	224
Ruhr und Bundesregierung gegen die Entflechtung	224
Ablehnung der Montanunion durch die CSSF	228
Ein Gegenentwurf der europäischen Unternehmerverbände	231
5. Koalitionsbildung zur Durchsetzung des Schuman-Plans	236
Monnets Beurteilung der Lage	236
Isolation des Verbandes der Stahlindustrie	240
Koalition gegen Kartelle	245
Eingreifen der Amerikaner	250

Teil IV

Die Ratifizierung der Montanunion in Frankreich 258

1. Meinungsverschiedenheiten in der Industrie	258
Klare Divergenzen innerhalb der Stahlindustrie	258
Unterschiedliche Positionen von CSSF und CNPF	263
Führungs- und Richtungswechsel bei den Verarbeitern	266
Das Scheitern einer einvernehmlichen Lösung	269
Das wirtschaftliche Gewicht der Stahlverbraucher	273
Entscheidung der Handelskammern für die EGKS	276
2. Argumente und Maßnahmen für den Schuman-Plan	280
Vorbereitung der Ratifizierung	280
Marktgröße und Kapazitätsauslastung	283
Die Vorteile des freien Wettbewerbs	285
Die Konkurrenzfähigkeit der Stahlindustrie	288
Sicherstellung der Kohleversorgung	293
Entflechtung und Kontrolle der Ruhr	297
Zusätzliche Hilfen für die Stahlproduzenten	299
3. Die Entscheidung für die Montanunion	302
Die eindeutige Haltung der Regierung	303
Die Stahlindustrie zerstritten und isoliert	307
Die Zurückhaltung des CNPF	312
Wechsel an der Spitze der CSSF	316
Letzte Hürden und Friedensschluß	321

Das erste europäische Antitrustgesetz	327
4. Epilog: Der Erfolg der Gemeinschaft	329
Die französische Stahlindustrie in der EGKS	329
Das weitere Schicksal der Stahlkartelle	332
Zusammenfassung	
	337
1. Der Schuman-Plan als Problemlösung	338
Die Ursachen der Krise von 1949	338
Die Konjunktur ohne Wirkung	339
Die Wahl des 9. Mai 1950	341
2. Der Entscheidungsprozeß	343
Mögliche Alternativen	343
Interessenkonflikte und -koalitionen	345
3. Zwischen Kartellen und Konkurrenz	348
Ein Bruch mit der europäischen Tradition	348
Der amerikanische Einfluß	350
Anhang: Der Text der Erklärung vom 9. Mai 1950	353
Quellen- und Literaturverzeichnis	357
Verzeichnis der Personen und Institutionen	379

Verzeichnis der Tabellen und Graphiken

Schematische Darstellung von Stahlherstellung und -verarbeitung	34
Chronologie der Nationalisierungen in Frankreich	38
Koksimporte Frankreichs	51
Vergleich der deutschen und französischen Stahlpreise, August 1949	94
Inlands- und Weltmarktpreise für Stabstahl (Thomas-Qualität)	96
Entwicklung der deutschen und französischen Rohstahlproduktion	114
Kostenvergleich der deutschen und französischen Kohleförderung, 1949	134
Preisentwicklung der Stabstahl-Grundpreise (Thomas-Qualität)	191
Vergleich der deutschen und französischen Stahlpreise, September 1950	196
Vergleich der deutschen und französischen Stahlpreise, September 1951	272
Entwicklung der wertmäßigen Anteile am französischen Export	275
Rohstahlproduktion im Vergleich zum höchsten Vorkriegsstand	330
Anteile an der französischen Stahlproduktion	331
Index der durchschnittlichen Stahlpreise, 1955-1959	335

Abkürzungsverzeichnis

Häufiger benutzte Abkürzungen

ACADI	Association de Cadres Dirigeants de l'Industrie pour le progrès social et économique
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AUPS	Association des Utilisateurs des Produits Sidérurgiques
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEI	Banque Européenne d'Investissements
CGP	Commissariat Général du Plan de Modernisation et d'Equipeement
CGT	Confédération Générale du Travail
CIQCEE	Comité Interministériel pour les Questions de Coopération Economique Européenne
CNPF	Conseil National du Patronat Français
CO	Comité d'Organisation
CPS	Comptoir des Produits Sidérurgiques
CSSF	Chambre Syndicale de la Sidérurgie Française
DIME	Direction des Industries Mécaniques et Electriques
DKV	Deutscher Kohlenverkauf
DREE	Direction des Relations Economiques Extérieures
ECA	Economic Cooperation Administration
ECE	Economic Commission for Europe
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	European Recovery Program
FTC	Federal Trade Commission
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
MRP	Mouvement Républicain Populaire

NAM	National Association of Manufacturers
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
PCF	Parti Communiste Français
REI	Rat der europäischen Industrieverbände
SAFE	Société des Aciers Fins de l'Est
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
Sidelor	Union Sidérurgique Lorraine
Sollac	Société Lorraine de Laminage Continu
Usinor	Union Sidérurgique du Nord de la France
WV Stahl	Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie

Archive und Quellen

AAN	Archives de l'Assemblée Nationale
AN	Archives Nationales
DBPO	Documents on British Policy Overseas
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Relations of the United States
IRD	Industrial Resources Division
JO	Journal Officiel de la République Française
MAE	Ministère des Affaires Etrangères
MF	Mission to France, Office of the Director, Communications and Records Unit
ODA	Office of the Director of Administration, Administrative Services Division, Communications and Records Unit
PAM	Pont-à-Mousson
PRO	Public Record Office
PTAD	Productivity and Technical Assistance Division
SRE	Office of the Special Representative in Europe 1948-53, Office of the Deputy for Economic Affairs
USNA	United States National Archives
VfZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

Einleitung

1. Die erste der Europäischen Gemeinschaften

Im Jahre 1993 erreichten die Bemühungen um die europäische Einigung einen neuen Höhepunkt. Nach der Ratifizierung in allen zwölf Unterzeichnerstaaten trat am 1. November 1993 der Vertrag von Maastricht in Kraft. Aus den Europäischen Gemeinschaften wurde damit die Europäische Union.

In wirtschaftlicher Hinsicht hatte schon die zum 31. Dezember 1992 weitgehend beendete Beseitigung der internen Handelsschranken und Wettbewerbsbeschränkungen einen entscheidenden Schritt in Richtung auf einen einheitlichen Wirtschaftsraum in Westeuropa dargestellt. Die im Vertrag von Maastricht vorgesehene Einrichtung einer Zentralbank und die Schaffung einer gemeinsamen Währung bringen diesen Prozeß zu einem vorläufigen Abschluß. Der Vertrag sieht eine weitere Vertiefung der Integration vor allem auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet vor. Gleichzeitig steht eine geographische Ausweitung der Union nach Nord- und Mitteleuropa auf der Tagesordnung. Am 1. Januar 1995 sind nach erfolgreichen Volksabstimmungen Österreich, Finnland und Schweden der Europäischen Union beigetreten. Die norwegischen Wähler haben dagegen den geplanten Beitritt erneut abgelehnt.

Der Einigungsprozeß in Europa hatte mehr als 40 Jahre zuvor begonnen, und zwar mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Ausgangspunkt dafür war eine Erklärung, die der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 vor der Presse abgab. Im Namen seiner Regierung schlug er vor, "die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht".¹

An den Verhandlungen zur Schaffung dieser Montanunion nahmen neben Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland auch Italien, Belgien, Luxem-

¹ Der vollständige Text der Erklärung findet sich im Anhang.

burg und die Niederlande teil. Am 18. April 1951 unterzeichneten die Außenminister der sechs Teilnehmerstaaten in Paris den Gründungsvertrag für die EGKS.² Er trat nach der Ratifizierung in den jeweiligen Länderparlamenten am 25. Juli 1952 in Kraft.³ Die Hohe Behörde, Vorläufer der Europäischen Kommission, nahm wenige Tage später unter Vorsitz von Jean Monnet ihre Arbeit in Luxemburg auf.

Als erster konkreter Schritt in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration in Westeuropa und als Ausgangspunkt der deutsch-französischen Annäherung nur fünf Jahre nach dem Ende der Zweiten Weltkriegs hat der sogenannte Schuman-Plan in der Öffentlichkeit und bei den Historikern besondere Beachtung gefunden. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Forschungsdefizite, vor allem im Hinblick auf seine wirtschaftlichen Hintergründe und den Entscheidungsprozeß, der zum französischen Vorschlag, zur konkreten Ausgestaltung des Vertrages und zu seiner Ratifizierung in Frankreich geführt hat.

2. Forschungsstand zum Schuman-Plan

In seiner Erklärung hatte Robert Schuman die "Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen" als Zielsetzung eines vereinten Europa herausgestellt. Demnach erforderte "die Vereinigung der europäischen Nationen" als Vorbedingung, "daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird".

Auch in den Erinnerungen der an den damaligen Ereignissen Beteiligten nehmen (sicherheits)politische Überlegungen einen überragenden Stellenwert ein. Jean Monnet, der eigentliche Initiator des Schuman-Plans, stellt in seinen Memoiren den französischen Vorschlag in den Zusammenhang des Kalten Krieges.¹ Damals sei ein Konflikt in Europa unvermeidlich erschienen, für den Deutschland nicht "die Ursache, aber der Anlaß" sei. "Wer konnte, ehe es zu spät war, Frankreich und Deutschland verbinden, wie konnte man ihnen noch

² Für den Vertragstext siehe u.a. UN Treaty Series 261 (1957), I, N° 3729, S. 140ff.

³ Einen Überblick über Abstimmungsdaten und -ergebnisse gibt W. Diebold, *The Schuman Plan. A Study in Economic Cooperation 1950-1959*, New York 1959, S. 83.

¹ J. Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, München 1978, S. 368 und 374. Ebenso sein damaliger Mitarbeiter Pierre Uri in einem Interview am 9.1.1989, Historisches Archiv der Europäischen Gemeinschaften (EG-Archiv), INT 2. Ähnlich ein weiterer Mitautor der Erklärung, P. Reuter, *La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier*, Paris 1953, S. 30-33.

heute ein für beide Länder gemeinsames Interesse einpflanzen?" Diese Frage habe er sich auf einem Spaziergang in den Alpen "unablässig" gestellt und in einer grenzüberschreitenden Fusion von Kohle und Stahl, die damals "eine gewaltige symbolische Bedeutung" hatten, die Antwort gefunden.

In der historischen Forschung zu den Beweggründen des französischen Vorschlags dominieren dementsprechend bis heute politische und militärische Interpretationen.² Diese Faktoren betonte schon Pierre Gerbet, der als erster die Vorgeschichte des Schuman-Plans untersucht hat.³ Auch nach Ansicht von Ernst Haas, der wenig später eine umfassende Darstellungen der Montanunion vorlegte, versuchte die französische Regierung damit, die europäische Einigung voranzubringen und gleichzeitig Frankreich Sicherheit vor dem wiedererstarkenden Deutschland zu verschaffen.⁴ William Diebold stellte ebenfalls die zentrale Bedeutung einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen heraus.⁵ Für die Wahl von Kohle und Stahl als Grundlage der ersten Europäischen Gemeinschaft waren demnach nicht wirtschaftliche, sondern psychologische, historische und symbolische Gründe ausschlaggebend.

Besondere Bedeutung für den französischen Vorschlag hat die Forschung von Anfang an auch der Kontrolle des militärischen, wirtschaftlichen und politischen Potentials der Ruhrindustrie beigemessen. So unterstrich Derek Bok bereits 1955 die Furcht der Franzosen vor einer ungehinderten Entwicklung der Ruhr.⁶ Im Schuman-Plan habe Frankreich zwar einerseits einen Teil seiner Souveränitätsrechte aufgeben müssen, aber gleichzeitig in Form der Hohen Behörde die deutschen Montanindustrien einer gewissen internationalen Kontrolle unterworfen. Ähnlich äußerte sich im nachhinein Bernard Clappier, damals Directeur de Cabinet des französischen Außenministers.⁷ Auch nach Meinung von Werner Bühner, der die Position der deutschen Stahlproduzenten zur europäischen Einigung im Detail untersucht hat, steht die "Frage der

² Siehe etwa P. Fontaine, Jean Monnet. *L'inspirateur*, Paris 1988, S. 58-65 und W. J. Adams, *Restructuring the French Economy. Government and the Rise of Market Competition since World War II*, Washington 1989, S. 122.

³ P. Gerbet, *La genèse du Plan Schuman des origines à la déclaration du 9 mai 1950*, in: *Revue Française de Science Politique* VI/3 (1956), S. 539-542.

⁴ E. B. Haas, *The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950-1957*, Stanford 1968 (1. Aufl. 1958), S. 243.

⁵ Diebold, *The Schuman Plan*, S. 9-17, bes. S. 16f.

⁶ D. C. Bok, *The First Three Years of the Schuman Plan*, Princeton 1955, S. 3.

⁷ Interview am 25.6.1964, E. Bjøl, *La France devant l'Europe. La politique européenne de la IVe République*, Kopenhagen 1966, Anhang N° 9, S. 371. Vgl. ebenfalls G. Bossuat, *La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944-1954*, Paris 1992, S. 743f.